

XIX. GP-NR
1758 /J
1995 -07- 14

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Haupt, Mag. Schweitzer
an den Herrn Bundesminister für Umwelt
betreffend die A.S.A.-Deponie in Lichtenwörth

Aus einem Beitrag der "BürgerInitiative gegen Giftmüllverbrennung" ("GegenGift", Nr. 6) geht hervor, daß die Behörden Anfang 1995 auf der A.S.A.-Deponie im niederösterreichischen Lichtenwörth einen Giftmüll-Skandal aufgedeckt haben. Mehrere hundert Tonnen quecksilberhältige Aktivkohle wurden gesetzwidrig gelagert und teilweise in Betonplatten gegossen.

Bei einer weiteren Kontrolle der Deponie sollen lt. "GegenGift" von Beamten der niederösterreichischen Umweltbehörde weitere acht Tonnen illegal gelagerte mit Schwermetallen und Dioxinen verunreinigte Filterstäube aus der Aluminiumschmelze Lend entdeckt worden sein.

Angesichts von insgesamt 15 Verstößen gegen abfallwirtschaftliche Gesetzesbestimmungen wurde der A.S.A. von der niederösterreichischen Landesregierung die Sammelbewilligung für gefährliche Abfälle entzogen.

In Salzburg droht der A.S.A. lt. "GegenGift" dasselbe.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Umwelt nachstehende

Anfrage

1. Ist Ihnen der oben angeführte Sachverhalt bekannt und entspricht er den Tatsachen?
2. Aus welchen konkreten Gründen wurde der A.S.A. in Niederösterreich die Sammelbewilligung für gefährliche Abfälle entzogen?
3. Aus welchen konkreten Gründen könnte der A.S.A. in Salzburg die Sammelbewilligung für gefährliche Abfälle entzogen werden?
4. Wird es für die A.S.A., außer dem Lizenzentzug, noch zusätzliche Konsequenzen geben?
Wenn ja, welche?
5. Welche Konsequenzen werden Sie angesichts dieser Umstände in Zukunft für die Entsorgung von gefährlichen Abfällen ziehen?

uj26.06.95